

Antragsbereich A / Antrag 3/II/2024

**AntragstellerInnen:** AfA München

**Empfänger:** Bundestagsfraktion

Bundesparteitag

### **3/II/2024: Versprechen halten – keine harten Sanktionen beim Bürgergeld – Lohnabstandsgebot erhöhen**

1 Das Bürgergeld hat bereits – entgegen unseres Bundestags-Wahlprogramm 2021  
2 – Sanktionen und wir als SPD München fordern, dass Arbeitnehmer\*innen nicht  
3 weiter in Schrecken vor der Arbeitslosigkeit an die bedingungslose Loyalität des  
4 Arbeitgebers binden und somit die Arbeiter\*innenbewegung schwächen. Dies ge-  
5 schah bereits mit Hartz 4 - jedoch wollen wir die Arbeitslosenversicherung in Rich-  
6 tung einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und solange darf Arbeitslosig-  
7 keit nicht als Bestrafung des Arbeitnehmers enden. Deshalb fordern wir, dass es  
8 keine Totalsanktionen für Arbeitslose gibt. Das Existenzminimum muss gewähr-  
9 leistet sein – zu jeder Zeit. Um den Unmut der unteren Einkommensgruppen bzgl.  
10 dem Lohnabstandsgebot gerecht zu werden, fordern wir weiterhin einen Min-  
11 destlohn von 15€ pro Stunde.

12

#### **Begründung**

14 Unser Antrag, keine harten Sanktionen beim Bürgergeld zu verhängen und das  
15 Lohnabstandsgebot zu erhöhen, ist von entscheidender Bedeutung, um die Ar-  
16 beitsbedingungen und die soziale Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu  
17 verbessern. Die derzeitigen Sanktionen beim Bürgergeld stehen im Widerspruch  
18 zu unseren Grundsätzen als Sozialdemokraten und schüren Ängste unter Arbeit-  
19 nehmerinnen und Arbeitnehmern, die Totalsanktionen sind die Perversion davon.  
20 Indem wir uns für eine Arbeitsversicherung einsetzen und Arbeitslosigkeit nicht  
21 länger als Bestrafung betrachten, zeigen wir unsere Verpflichtung gegenüber  
22 denjenigen, die durch unverschuldete Arbeitslosigkeit in Not geraten.

23

24 Die Forderung nach einem Mindestlohn von 15€ pro Stunde ist ein weiterer  
25 Schritt, um die Lebensgrundlage der unteren Einkommensgruppen zu verbessern  
26 und das Lohnabstandsgebot gerechter zu gestalten. Eine angemessene Bezah-  
27 lung ist nicht nur moralisch geboten, sondern trägt auch zur Stärkung der Kauf-  
28 kraft und damit zur Stabilisierung der Wirtschaft bei. Weiterhin stärkt sie den  
29 Glauben an die Demokratie und in Arbeit. Durch diese Maßnahmen zeigen wir  
30 als SPD, dass wir die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ernst nehmen und  
31 uns für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen.